Bitte weniger Hysterie im Umgang mit der Datenschutz-Grundverordnung!

„Klingelschilder abmontiert – Aufgrund einer Beschwerde über mangelnden Datenschutz verlieren nun 220 000 Mieter ihre Klingelschilder.“ So titelte jüngst eine Tageszeitung. Auf entsprechendes Verlangen eines Mieters sei die Datenschutzabteilung der Stadt Wien zu der Einschätzung gelangt, dass die Verbindung von Nachname und Wohnungsnummer gegen die DSGVO verstoße. Daraufhin habe die kommunale Hausverwaltung „Wiener Wohnen“ entschieden, die standardgemäße Beschilderung von Haustüren abzumontieren. Künftig stehe nur die Wohnungsnummer auf dem Schild. Wer dort dennoch ein Namensschild haben wolle, müsse jetzt selbst einen Aufkleber anbringen. Ohne die Besonderheiten des Wiener Falls abschließend beurteilen zu wollen: Immer wieder berichten Presse und Rundfunk über skurril anmutende Entscheidungen von Verantwortlichen. Ganz offenkundig ist unter den datenschutzrechtlich Verantwortlichen die Angst groß, dass sie gegen Vorgaben der DSGVO verstoßen.

Damit steht im Einklang, dass wenige Wochen vor Geltungsbeginn der Datenschutz-Grundverordnung überdies ein lautes Wehklagen über die Schwierigkeiten anhub, welche das neue EU-Datenschutzrecht hervorrufe. Mehr Rechtsunsicherheit, mehr bürokratischer Aufwand, mehr Haftungsrisiken. Die Politik, zumal in Wahlkampfzeiten, war aufgeschreckt. Die bayerische Staatsregierung der letzten Legislaturperiode verkündete gar einen „Bayerischen Weg“ des Vollzugs der DSGVO –als ob sie über die aufsichtsbehördlichen Entscheidungen der beiden unabhängigen bayerischen Datenschutzbehörden verfügen könnte. Allerdings haben auch die Datenschutzbehörden mehrheitlich darauf hingewiesen, dass sie insbesondere die neuen Sanktionsmöglichkeiten der DSGVO zunächst nur sehr zurückhaltend anwenden würden.

Ja: Die DSGVO hat wohl vor allem große, international agierende kommerzielle Datensammler im Blick gehabt. Und ja: Für Blogger, Arztpraxen, Vereine oder sonstige kleine Verantwortliche bringt die Datenschutz-Grundverordnung tatsächlich einige Herausforderungen. Sie müssen ihre Datenverarbeitung im Sinne der DSGVO transparent für die betroffenen Personen ausgestalten. Zumeist allerdings werden im Zusammenhang mit dem neuen EU-Datenschutzrecht irrationale Ängste geschürt. Beispielsweise erwecken einige Medienberichte den Eindruck, unter der Geltung der DSGVO seien „jetzt“ Aufnahmen und die Veröffentlichung von Personenbildnissen bei öffentlichen Veranstaltungen strikt verboten. Dabei wird verkannt, dass die DSGVO die Anforderungen an Aufnahmen und ihre Veröffentlichung wohl eher senkt als anhebt.

Für die Nervosität im Zusammenhang mit der DSGVO habe ich nur bedingt Verständnis. Nicht nur, weil sie einen idealen Nährboden für betrügerische Handlungen bietet. So wurden vor einigen Wochen zahlreiche Unternehmen und Behörden von einer „Datenschutz Auskunft Zentrale“ angeschrieben. Vordergründig erweckte ihr Anschreiben den Eindruck, man müsse bestimmte Angaben an die Datenschutz-Auskunftszentrale melden – tatsächlich wollte sie den angeschriebenen Stellen nur ein überbezahltes Abonnement von Datenschutzinformationen aufdrängen. Eine strafrechtliche Handhabe gegen diese unseriöse Vorgehensweise gibt es leider nicht, da das eigentliche Anliegen zwar versteckt aber lesbar mitgeteilt wird.

Unabhängig davon hatten nichtöffentliche Stellen über zwei Jahre Zeit, sich auf das unmittelbar und allgemein geltende neue Regelwerk einzustellen. Im Grundsatz gilt dies auch für Behörden und sonstige Verantwortliche, die personenbezogene Daten zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben verarbeiten. Sie müssen allerdings neben der DSGVO auch die Anpassungsgesetze des Bundes und der Länder

beachten, die überwiegend erst kurz vor Ablauf der Übergangsfrist am 25. Mai 2018 verabschiedet worden sind – oder sogar erst danach.

Vor diesem Hintergrund versucht der Autorenkreis im Schwerpunktteil dieses Heftes eine erste Zwischenbilanz zur DSGVO zu ziehen. Die Erfahrungen mit dem neuen Regelwerk zeigen heterogene Ergebnisse: Was den Gesundheitsdatenschutz angeht, berichten Kühnl/Rohrer/Schneider zunächst über ihre Erfahrungen aus der Entstehungsgeschichte der DSGVO. Nach dem Beitrag von Petri zeigen die Meldungen von Datenpannen durch Kliniken: Die mit Abstand am meisten gemeldeten Datenpannen wären auch unter dem alten Datenschutzregime Rechtsverstöße gewesen. Alexander Roßnagel nimmt die Umsetzung der DSGVO in den Mitgliedstaaten kritisch in den Blick. An und für sich sollten multinational aufgestellte Unternehmen davon profitieren, dass die DSGVO einen EU-weit einheitlichen Datenschutzstandard für Unternehmen geschaffen hat. Schröder/von Alten/Weinhold zeigen dazu auf, dass die DSGVO auch für große Unternehmen Stolpersteine bereithält. Jaksch und Daacke berichten über Erfahrungen als Datenschutzbeauftragte unter der DSGVO.

Unter dem Strich bringt die DSGVO nicht mehr und nicht weniger Probleme und Herausforderungen, als beispielsweise die große Datenschutzreform zur Umsetzung der bisherigen Datenschutzrichtlinie 95/46/EG in den Jahren 2000/2001. Als Zwischenfazit bleibt festzuhalten: Verantwortliche sollten die DSGVO und ihre Anforderungen zwar ernst nehmen. Wer seine datenschutzrechtlichen Aufgaben erfüllt hat, sollte aber gelassen bleiben und nicht hysterisch auf jede aufgeregte Meldung über angebliche neue Anforderungen des neuen EU-Datenschutzrechts reagieren.

Thomas Petri